

Zukunft von Schule in Hamburg

Gemeinsamer Standpunkt von Handelskammer, Handwerkskammer und UVNord

Die allgemeenschulische Bildung legt die Fundamente unserer Gesellschaft. Für die einzelnen Kinder und Jugendlichen trägt sie wesentlich dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen und später selbstbestimmt am Arbeits- und Sozialleben teilzuhaben. Auf dieser Teilhabe jeder und jedes Einzelnen beruht der Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und letztlich die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie. Auch unser wirtschaftliches Wohlergehen baut auf eine solide Grundbildung aller jungen Menschen. Denn sie ist die Voraussetzung dafür, genügend Fachkräfte ausbilden zu können, die den ökonomischen Erfolg unserer Volkswirtschaft sichern. Die Qualität der allgemeinbildenden Schule entscheidet daher maßgeblich über die künftige Wirtschaftsleistung unserer Stadt, das wirtschaftliche Wohlergehen der einzelnen Bürgerinnen und Bürger und damit auch über individuellen Lebensperspektiven, den sozialen Frieden in unserer Stadt und deren Position im wirtschaftlichen Wettbewerb.

Im April 2008 hat ein neuer Senat die Arbeit aufgenommen, dessen erklärtes Ziel eine grundlegende Reform des Hamburger Schulsystems ist. Damit diese Reform gelingt, müssen bei ihrer Umsetzung aus Sicht der Hamburger Wirtschaft folgende Grundsätze und Anforderungen berücksichtigt werden.

Grundsätze: Enquete-Konsens wertschätzen und Qualität sicherstellen

Orientierung am Enquete-Konsens

Schulpolitik braucht einen breiten Rückhalt in allen Teilen der Gesellschaft und muss langfristig und berechenbar agieren. Mit der Einsetzung der parteiübergreifenden Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ im Jahr 2006 hat die Hamburger Bürgerschaft darum den richtigen Weg beschritten. Im März 2007 hat die Kommission ihr Ergebnis vorgelegt und auch im Hinblick auf die künftige Schulstruktur tragbare Empfehlungen gegeben. Damaliger Konsens der Experten aus Politik und Wissenschaft war es, die weiterführenden Schulformen zu reduzieren und in Hamburg nach der vierjährigen Grundschule nur noch die neue „Stadtteilschule“ und das Gymnasium anzubieten. Die Hamburger Wirtschaft misst dem in der Kommission erzielten parteiübergreifenden Konsens einen hohen Wert bei, weil er einen breit abgesicherten Handlungsraum für eine über die Grenzen von Legislaturperioden hinaus gültige Schulpolitik beschreibt. Die Empfehlungen der Enquete-Kommission sollten daher umgesetzt und in den Mittelpunkt der schulpolitischen Diskussion gestellt werden.

Qualität geht vor Struktur

Veränderungen an der Struktur des Schulsystems führen für sich genommen noch nicht zu besseren Bildungsergebnissen. Entsprechend gibt es keinen wissenschaftlich gesicherten Nachweis dafür, dass eine bestimmte Schulstruktur anderen per se überlegen ist. Unabhängig von den derzeit angestrebten Strukturveränderungen wird die Hamburger Wirtschaft den Erfolg der Reform darum nur an ihrem Ergebnis messen: den Kompetenzen der Schulabgänger. Das eigentliche Ziel, die Verbesserung der Schul*qualität*, muss klaren Vorrang vor allen Fragen der Struktur des Schulsystems haben. Unterrichtsqualität wird vor allem im Klassenzimmer sichergestellt. Die Dimension Qualität sollte wie folgt entwickelt und gesichert werden:

- Mit dem Orientierungsrahmen Schulqualität (2006) liegt eine erste Beschreibung von Qualitätsmerkmalen und -indikatoren vor, an der sich Schulentwicklung ausrichten muss.
- Wie im Orientierungsrahmen Schulqualität bereits angelegt, sollen Schulen Qualitätsmanagementsysteme einführen, die die Erreichung von Qualitätszielen messbar machen. Kernbereiche des Qualitätsmanagements sollten die Unterrichtsqualität, die Leitung der Schule und die Selbstverwaltung von Schule, aber auch Konzepte der Personal- und Organisationsentwicklung sein.
- Qualitätsmanagement ist auch in der Schule eine Führungsaufgabe.
- Zum Qualitätsmanagement gehört insbesondere die Entwicklung einer Feedback-Kultur, die das Unterrichtsgeschehen transparent macht und, wo nötig, qualitätssteigernde Maßnahmen auslöst.
- Wo Evaluationsergebnisse dies nahelegen, muss Qualitätsmanagement handlungsleitend sein. Insbesondere muss bei der individuellen Ressourcen-Ausstattung einer Schule ggf. nachgesteuert werden.
- Die Schulinspektion als Instrument zur Qualitätsentwicklung und -sicherung soll
 - die im Orientierungsrahmen Schulqualität aufgeführten Qualitätsmerkmale zu Bildungslaufbahnen und Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in ihre Erhebungen aufnehmen;
 - ab Schuljahrsbeginn 2011 in verkürzten Intervallen stattfinden: Ein Jahr nach Umsetzung der Reform sollte in einem zweijährigen Zwischenintervall mindestens eine „kleine Inspektion“ zu den im Orientierungsrahmen Schulqualität aufgeführten Qualitätsmerkmalen zu Bildungslaufbahnen und Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler durchgeführt werden.
 - ebenso die Leistung der Schule im Bereich des Übergangsmangements abfragen;
- Als Voraussetzung für die erfolgreiche Kooperation mit außerschulischen Partnern – etwa in der Berufsorientierung – müssen Lehrkräfte über ein dafür geeignetes Arbeitsumfeld und entsprechende Zeitkontingente verfügen.
- Die Praxisanteile in der Lehrerausbildung sollen erhöht werden. Studienbewerber müssen nach den Anforderungen des Lehrerberufs ausgewählt werden. Ein früher Praxistest stellt ihre Eignung fest.
- Um die genannten Ziele zu erreichen, müssen Lehrkräfte durch eine kontinuierliche Fortbildung unterstützt und begleitet werden. Diese sollte auf dem freien Markt angeboten werden.

Allgemeinbildende Schule

Individualisierung von Unterricht

Die individuelle Begleitung und Förderung des Lernprozesses jedes einzelnen Schülers ist eine zentrale – und strukturunabhängige – Voraussetzung für bessere Bildungsergebnisse. Gelingensbedingungen sind aus Sicht der Wirtschaft

- eine deutlich verbesserte Lehrer-Schüler-Quote (erkennbar weniger Schüler pro Lehrperson), besonders im Hinblick auf die individuellen Sozialisierungs- und Bildungsstände;
- die entsprechende methodisch-didaktische Qualifizierung des Lehrpersonals;
- Lernzielvereinbarungen zwischen Schülern, Lehrern und Eltern (als Standardinstrument, zumindest für Schüler unterhalb eines bestimmten Leistungsniveaus).

Primarschule

Die Einführung einer Primarschule wurde von der Enquete-Kommission nicht empfohlen. Darum betrachtet die Hamburger Wirtschaft dieses Vorhaben mit einer gewissen Skepsis. Eine solch gravierende Veränderung der Schulstruktur bedarf einer hinreichend soliden Vorbereitung. Wenn dieser Teil der Strukturreform gelingen soll, muss sicher gestellt sein, dass

- er nicht übereilt, sondern mit zeitlichem Augenmaß umgesetzt wird,
- die organisatorisch-pädagogische Einheit dieser Schulform – auch jenseits der Langform – sichergestellt wird, es also kein Pendeln von Lehrkräften gibt, das zu Lasten der Unterrichtsqualität geht;
- eine transparente Binnendifferenzierung innerhalb der Lerngruppen stattfindet;
- ein aussagefähiges Kompetenzfeststellungsverfahren Hinweise für die weitere geeignete Schullaufbahn gibt – Übergänge, die Schwebezustände schaffen (wie etwa ein Probehalbjahr auf Gymnasium oder Stadtteilschule), lehnt die Wirtschaft ab.
- der Übergang von der Primarschule in die Stadtteilschule bzw. das Gymnasium ohne Friktionen erfolgt;
- die Steigung der Lernzuwachskurve nach dem Übergang auf die weiterführende Schule erhalten bleibt.

Stadtteilschule

Im Hinblick auf die Gestaltung der neuen Stadtteilschule, wie sie die Enquete-Kommission empfohlen hat, legt die Hamburger Wirtschaft besonderen Wert darauf, dass

- die naturwissenschaftlichen Fächer besonders akzentuiert werden;
- ebenso die Fächer Arbeitslehre und Technik ein großes Gewicht bekommen;
- in all diesen Fächern intensiv mit Unternehmen und weiteren Institutionen kooperiert wird, um so eine fachlich anspruchsvolle Nähe zur Arbeitswelt herzustellen;

- in diesen Kooperationen - wie beim Übergangsmanagement generell - vermehrt mit Qualifizierungs- bzw. Ausbildungsbausteinen gearbeitet wird, wie sie in der Berufsvorbereitung bereits erfolgreich eingesetzt werden.

Gymnasium

Innerhalb der Reform des allgemeinbildenden Schulsystems sollen auch die Gymnasien für die Erfüllung ihres Bildungsauftrags gestärkt werden. Das bedeutet aus Sicht der Wirtschaft vor allem,

- für eine nachhaltige Umsetzung des verkürzten Bildungsgangs (G8) zu sorgen, wobei die von der Schulbehörde angekündigte „wirksame Unterstützung“ schnell konkretisiert werden muss;
- die naturwissenschaftlich-technische Grundbildung weiter zu akzentuieren, insbesondere über praxisnahen und fächerübergreifenden Unterricht sowie die Ausprägung entsprechender Oberstufenprofile;
- die Berufsorientierung an den Gymnasien und mit ihr die Rolle des „Vierten Koordinators“ zu stärken, damit (wie im Rahmenlehrplan vorgesehen) BO-Curricula unter Einbeziehung aller Fachlehrer erstellt werden. Der „Vierte Koordinator“ muss dafür Teil der Schulleitung bleiben. Die Hamburger Wirtschaft bietet an, Politik und Verwaltung gerade auf diesem Feld intensiv zu unterstützen.

Die Wirtschaft fordert, dass die beruflichen Gymnasien an die Berufsschulen angebunden bleiben. Falls die Technischen bzw. Wirtschaftsgymnasien in den künftigen Stadtteilschulen aufgehoben sollen, müsste darauf geachtet werden, dass

- ihre Lehrinhalte im Sinne eines stärkeren Wirtschafts- und Technikbezugs in die Rahmenpläne und Curricula der Stadtteilschule Eingang finden, damit die spezifische Bildungsqualität der beruflichen Gymnasien erhalten bleibt;
- es nicht bei einem einmaligen Transfer von Wirtschafts- und Technikkompetenz über das umgesetzte Lehrpersonal der beruflichen Gymnasien bleibt, sondern diese Inhalte in der Aus- und Weiterbildung der Berufsschullehrer einen höheren Stellenwert erhalten;
- dass durch den Transfer der Lehrer von beruflichen Gymnasien (die derzeit vielfach auch in der dualen Berufsschule unterrichten) an die Stadtteilschulen die Ausbildung im dualen System nicht beeinträchtigt wird.

Ganztagsschule

Die Hamburger Wirtschaft begrüßt den geplanten Ausbau von rund 50 weiteren Schulen zu gebundenen Ganztagsschulen. Gerade die Ganztagsschulen können aber nur dann ihrem Konzept entsprechend erfolgreich arbeiten, wenn sie über ausreichende Mittel bzw. Ausstattung verfügen. Insbesondere müssen die ihnen zugewiesenen Honorarmittel sich an marktüblichen Preisen orientieren, damit die Schulen hinreichend qualifizierte Kräfte bzw. Angebote einkaufen können.

Rahmen- und Bildungspläne

Für die neuen Schulformen müssen neue Rahmen- und Bildungspläne entwickelt werden. Die Hamburger Wirtschaft hält es für erforderlich, dabei wie auch bei der Überarbeitung bestehender Rahmen- und Bildungspläne verstärkt mitzuwirken. Die Beteiligung der Wirtschaft, aber auch anderer relevanter Partner wie etwa der Hochschulen oder sozialer Einrichtungen würde über den Unterricht einen positiven Effekt auf den Übergang von der Schule in Ausbildung und Studium haben.

Berufsorientierung und Übergangmanagement

Kinder und Jugendliche müssen in die Lage versetzt werden, ihren eigenen Lebens- und Berufsweg eigenverantwortlich zu gestalten. Hier gehört eine frühzeitig beginnende Berufsorientierung. Im Rahmen der anstehenden Schulstrukturreform ist auf folgende Punkte zu achten:

- Bei der Erstellung von Curricula und im Unterricht ist eine stärkere Beteiligung der Wirtschaft sowie anderer relevanter Partner wie der Hochschulen oder sozialer Einrichtungen sinnvoll.
- Die Schulen brauchen bei der Entwicklung einer systematischen Berufsorientierung und beim Übergangmanagement verlässliche Unterstützung. Auch sollten die Berufsorientierungs-Koordinatoren und Übergangsmanager mit angemessenen Zeitressourcen, Räumlichkeiten und Gerät zur Bürokommunikation ausgestattet werden.
- Das Übergangmanagement soll sich vorrangig auf betriebliche Ausbildung im dualen System richten oder zumindest betriebsnahe Alternativen zu schulischen Bildungsgängen aufzeigen.
- Wo bereits in der Schule Teilqualifikationen vermittelt werden, die den Übergang Schule-Ausbildung erleichtern, soll dies bevorzugt über den Einsatz von Qualifizierungs- bzw. Ausbildungsbausteinen geschehen, die ggf. anerkannt werden können.
- Die duale Ausbildung soll auch vor weiteren doppelt qualifizierenden Bildungsgängen den Vorrang erhalten.

Die Hamburger Wirtschaft bietet an, sich auch weiterhin aktiv an der Verzahnung schulischer Bildungsgänge mit betrieblicher Praxis zu beteiligen sowie an der Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten mitzuwirken, die benachteiligte Jugendliche betriebsnah qualifizieren und auf einen Abschluss im dualen System hinführen.

Selbstverantwortete Schule

Schule in Hamburg beginnt schon heute von erweiterten Möglichkeiten der eigenständigen Entscheidung und Selbstverwaltung zu profitieren, weshalb die Wirtschaft die Fortentwicklung dieses Ansatzes begrüßt. Bei seiner weiteren Ausgestaltung sollte darauf geachtet werden, dass

- sich selbstverantwortete Schule nicht in einer bloßen Erweiterung von Selbstverwaltung erschöpft, sondern auch die zeitgemäße Qualifizierung schulischer Führungskräfte verfolgt wird;
- Anreizsysteme entwickelt werden, die es erlauben, besondere Leistungen von Lehrkräften (etwa in Brennpunkt-Schulen) finanziell zu belohnen, um Fehlallokationen in der Personalwirtschaft entgegenzusteuern;

- zur Unterstützung der Schulleitungen vermehrt Verwaltungsfachkräfte eingesetzt werden können.

Regionalkonferenzen

Als Beteiligungsinstrument sollen die Regionalkonferenzen aller *Stakeholder* den Reformprozess breit abstützen, was der Transparenz und Akzeptanz des Vorhabens zugute kommen kann. Ob dieser Anspruch erfüllt wird, müssen die Ergebnisse zeigen.

Damit die zweistufig angelegten Regionalkonferenzen (1. „Schulentwicklungskonferenzen“, 2. (regelmäßig wiederholte) „Bildungskonferenzen“) den bestmöglichen Nutzen für die Hamburger Schulreform erbringen, sollten

- die späteren regelmäßigen „Bildungskonferenzen“ die Wirtschaft einbeziehen;
- in allen Regionen inhaltlich ausgewogene Schulbildungsangebote geschaffen werden.

Kindertagesbetreuung

Bildung von Kindern und Jugendlichen beginnt schon vor der Schule. Es ist darum richtig, das Kita-Angebot wie im Koalitionsvertrag vereinbart auszuweiten und außerdem ein kostenloses vorschulisches Jahr einzuführen. Besondere Bedeutung hat in dieser Bildungsphase die Sprachförderung. Sie darf nicht nur Angebot sein, sondern sollte in enger Zusammenarbeit mit den Eltern so verbindlich wie möglich betrieben werden.

Qualitätssicherung ist heute ein Standard in Bildungsprozessen. Es ist darum nur konsequent, dass die Koalition auch im Bereich der vorschulischen Bildung Qualität kontrollieren lassen will („Kita-TÜV“). Im selben Zusammenhang ist die Absicht zu begrüßen, mehr höherqualifiziertes Betreuungspersonal einzusetzen. Allerdings muss noch ausgearbeitet werden, wie und in welcher Größenordnung dies geschehen soll.